78. Jahrgang. Nr. 82 — Donnerstag, 18. Februar 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25941. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.60 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Reihenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Reichskanzlei beschließt Bankenfusion

Allgemeine Gegnerschaft gegen das Projekt

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 17. Febr. Heute nachmittag fand in der Reichskanzlei eine neue Chefbesprechung statt, in der man sich wiederum mit dem Bankenproblem befaßte. Nach allem, was über die bisherigen Erörterungen innerhalb der Reichsregierung verlautet, ist mit dem Beschluß zur Fusion der Danat- und der Dresdner Bank zu rechnen. Wenn auch gewisse Widerstände gegen eine Vollfusion dieser beiden Bankinstitute immer wieder geltend gemacht werden, so scheint es doch, als ob

die Regierung die vorgebrachten Bedenken nicht für so schwerwiegend hält, daß sie ihretwegen von der Fusion absieht.

Die Regierung hat in ihren Beratungen mit den Vertretern der Banken sodann auch den Wunsch geäußert, daß die Institute die vereinigten Bilanzen tunlichst noch vor Zusammentritt des Reichstags am Dienstag herausbringen sollen. Einige Großbanken, wie die Deutsche Bank und Discontogesellschaft sowie die Commerzbank, haben bereits alle Vorbereitungen getroffen. Rein rechnerisch sind die Zifferwerke schon lange fertiggestellt. Lediglich die Bewertungsgrundsätze, nach denen man Abschreibungen und Rückstellungen vorzunehmen hat, sind noch offengeblieben. Es ist ferner damit zu rechnen, daß

im Zusammenhang mit dem Fusionsbeschluß auch die Dresdner und die Danatbank ihre Jahresabschlüsse entsprechend den Richtlinien der Regierung bis spätestens Montag der Oeffentlichkeit unterbreiten werden.

Nach diesen Richtlinien werden voraussichtlich alle Großbanken, mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft, ihre Aktienkapitalien zusammenlegen. Dabei scheint man es aber der privaten Initiative der einzelnen Banken überlassen zu haben, in welchem Umfange der Kapitalschnitt erfolgen soll. Einheitlich dagegen dürfte eine Wiedererhöhung der Aktienkapitalien vorgenommen werden. Aus Bankkreisen verlautet noch, daß die Dresdner Bank und die Danatbank ihr Kapital jeweils im Verhältnis von mindestens 4:1 zusammenlegen werden. Bei der Fusion der beiden Banken soll ein besonderer Aufsichtsratsausschuß gebildet werden, dem die Aufgabe zufällt, für die praktische Ueberführung des Geschäfts der Danatbank auf die Dresdner Bank zu sorgen. Schließlich wird auch erwogen,

den Banken zur Auffüllung ihrer Liquiditätsreserven Reichsschatzanweisungen zur Verfügung zu stellen, über deren Verzinsung ebenso wie über die künftige Geschäfts- und Dividendenpolitik der Großbanken noch verhandelt wird.

Während bisher Widerspruch gegen die Fusion der vom Reiche gestützten Banken in der Hauptsache aus Bank- und Wirtschaftskreisen erhoben wurde, werden jetzt auch in der Presse Bedenken gegen die Pläne der Regierung laut. So befaßt sich heute die „Deutsche Allgemeine Zeitung" unter der Ueberschrift „Eine staatliche Mammutbank?" mit den Absichten der Regierung und weist darauf hin, daß man vorhabe,

unter außerordentlichen Opfern der öffentlichen Hand ein gewaltiges neues Bankgebilde unter maßgebendem staatlichen Einfluß zu schaffen.

Das Blatt schreibt dann weiter: Nach sorgfältigen Erkundigungen, die wir eingezogen haben, gibt es in Berlin keinen Freund, sondern nur Gegner des Fusionsprojektes. Die Vertreter der beiden in erster Linie betroffenen Banken sind dagegen. Die anderen Bankiers außer denen des engeren Kreises der zwei Institute sind auch dagegen. Die Reichsbank ist, soweit man hört, ebenfalls gegen das Projekt. Die Mehrzahl der beteiligten Reichsminister scheint ebenfalls keine Neigung dafür zu verspüren. Wenn dem aber so ist, wenn sozusagen die ganze Welt den Plan der Fusion ablehnt, dann fragen wir: „Wer ist denn eigentlich dafür? Und fragen weiter, ob es denkbar ist, daß eine so gewaltige Entscheidung auf wirtschafts- und kreditpolitischem Gebiete, die sich für das ganze Land aufs stärkste auswirken muß, etwa zustande kommen könnte, obgleich so gut wie alle Beteiligten nichts davon halten?" Das Blatt wirft dann nochmals die Frage auf, wer die Freunde einer Fusion seien, die sich zutraue, die Verantwortung für einen so folgenschweren Schritt auf dem Wege der Verstaatlichung der Wirtschaft übernehmen zu können.

Der Memellandtag fordert geschlossen sein Recht

Protest gegen litauische Willkür

Memel, 17. Febr. Heute abend fand eine Sitzung des Memelländischen Landtags statt, auf deren Tagesordnung als einziger Punkt die Beratung der durch die gewaltsame Absetzung des Direktoriums des Memelgebietes geschaffenen Lage stand. Schon zwei Stunden vor der Sitzung war der Zuhörerraum überfüllt. Zu Hunderten standen die Menschen auf den Korridoren und Treppen des Memeler Rathauses, in dem der Landtag tagte. Der Abgeordnete Kraus verlas namens der Volks- und Landwirtschaftspartei (Mehrheitspartei) eine Erklärung, in der er auf die bekannten Vorgänge betreffend die Absetzung des Direktoriums und die damit in Zusammenhang stehenden Vorgänge einging, worauf er nachstehenden Antrag einbrachte:

Der Memelländische Landtag erhebt nachdrücklichen und feierlichen Protest gegen die seit dem 6. Februar vorgekommenen Eingriffe des Gouverneurs in die autonomen Rechte des Memelgebietes,

die augenblicklich Gegenstand der Beratungen des Völkerbundes bilden. Der Präsident des Direktoriums, Böttcher, und Landesdirektor Podszus werden auch jetzt noch interniert, und Landesdirektor Szigaud wurde durch Androhung von Gewaltmaßnahmen an der Fortführung der Geschäfte verhindert. Der Gouverneur hat mit der einstweiligen Führung der Präsidialgeschäfte den Landesrat Toblschus beauftragt und wiederum zwei Beamte des Direktoriums zur Wahrnehmung der Geschäfte des Landesdirektoriums beauftragt,

eine Regelung, die aber den Gesetzen widerspricht und keine Billigung des Landtages erhalten kann. Der Landtag des Memelgebietes fordert die sofortige Aufhebung aller Gewaltmaßnahmen und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

Der nationallitauische Abgeordnete Borchert verlas dann eine etwa zehn Blatt lange Erklärung, in der er versuchte, die Absetzung des Direktoriums als zu Recht erfolgt hinzustellen, und beschimpfte die deutsche Regierung, deren Vertreter in Genf, die deutsche Presse und das deutsche Generalkonsulat in Memel. Seine Rede fand wiederholt stärksten Widerspruch und es wurde ihm des öfteren „Lügner" zugerufen. Am Schluß erklärte er, daß es wohl besser sein würde, wenn der Landtag nach Hause gehen würde.

Der Sprecher der Sozialistischen Partei erklärte, daß eine Verletzung der Memelkonvention vorliege und daß seine Fraktion dagegen Protest erhebe. Ein Redner der linken Arbeiterpartei verwahrte sich gegen die Vergewaltigung der memelländischen Bevölkerung und sagte, seine Partei müsse die Maßnahmen des Gouverneurs aufs schärfste verurteilen.

Der Antrag der Mehrheitsparteien wurde mit allen Stimmen von links bis rechts gegen die vier Stimmen der nationallitauischen Abgeordneten angenommen.

Preußischer Schritt beim Reich gefordert

Berlin, 17. Febr. Gegen den litauischen Rechtsbruch im Memelland wandte sich am Mittwochabend der Verfassungsausschuß des Preußischen Landtages, indem er einen deutschnationalen Antrag annahm, der das Staatsministerium ersucht, sofort auf die Reichsregierung einzuwirken, alle nur möglichen Maßnahmen gegenüber der litauischen Regierung anzuordnen, um dem vergewaltigten Deutschtum im Memelland zu seinem Recht zu verhelfen. Die weitere Forderung dieses Antrags, wonach gegebenenfalls Repressivmittel anzuwenden seien, wurde gegen Deutschnationale und Deutsche Volkspartei gestrichen. Im übrigen wurde der Antrag von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten angenommen.

Litauen verzögert die Ratsentscheidung

Genf, 17. Febr. Der vom Völkerbundsrat eingesetzte Berichterstatter für die Memelfrage, der norwegische Gesandte Colban, setzte am Mittwoch gemeinsam mit den drei Kronjuristen die Beratungen über den Bericht an den Völkerbundsrat fort. Die ursprünglich für Donnerstag vorgesehene Sitzung des Völkerbundsrates mußte verschoben werden, da die Litauer Schwierigkeiten gemacht haben. Die Verhandlungen werden jetzt zusammen mit den beiden beteiligten Abordnungen fortgesetzt. Man nimmt jedoch an, daß die entscheidende Sitzung des Völkerbundsrates über die Memelfrage erst Ende der Woche stattfinden wird.

Blutige Kämpfe in Kostarika

Neuyork, 17. Febr. **Wie aus der Hauptstadt von Kostarika, San José, gemeldet wird, ist es den Anhängern des geschlagenen Präsidentschaftskandidaten Quesada gelungen, sich nach mehrtägigen Kämpfen des größten Teiles der Stadt zu bemächtigen. Die Aufständischen haben zahlreiche Läden geplündert. Der Präsident Gonzales Viquez ist in die Artilleriekaserne im südlichen Teil der Stadt geflüchtet, wo sich die Regierungstruppen zusammengezogen haben. Die Zahl der Toten beträgt sechs.**

General Justo Präsident Argentiniens. Am Mittwoch wurde General Justo auf einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Kammer zum Präsidenten der argentinischen Republik gewählt.

Die Kanonenkönige

Es ist bezeichnend für die politische Unsicherheit in Europa, daß die französische Rüstungsindustrie und ihre europäischen Filialen trotz Weltwirtschaftskrise und trotz der dadurch verursachten Schwierigkeiten der öffentlichen Haushalte, auch der französischen Satrapien, die einzige Industrie ist, die blüht und deren Wachstum bis heute kein Ende kennt. Während man in Genf den Abrüstungsgedanken in feierlichen Reden erstickt, klettern die Aktienkurse dieser Unternehmungen an allen Börsen der Welt munter in die Höhe. Ausgerechnet jetzt, wo man annehmen sollte, daß die Abrüstungskonferenz einen fühlbaren Rückschlag der Bewertung der Rüstungsindustrie zur natürlichen Folge haben müßte, erleben die führenden Betriebe der französischen Rüstungsindustrie die Höchstkurse seit ihrer Gründung. Bei einem augenblicklichen Durchschnittskurs für französische Industriewerte von 548 steht Schneider-Creuzot, die bekannteste Rüstungsfirma, auf 2620 und sein französisches Finanzierungsinstitut, die Banque Union Parisienne, auf 3670, und die Union Européenne, die der Finanzierung der Unternehmungen des Konzerns außerhalb Frankreichs dient, auf 2620. So stark ist der Glaube der Börse von Paris an Krieg und weitere Rüstungen, und so aussichtslos und absurd erscheint ihr der Erfolg der Abrüstungskonferenz.

Gegen diese Rüstungsindustrie wurden vor einigen Tagen von einem französischen sozialistischen Abgeordneten heftige Angriffe in der Kammer geführt. Es ist bezeichnend, daß die gesamte französische Presse, obwohl der Redner sich auch einige törichte Verleumdungen über angeblich bestehende deutsche Rüstungswerke leistete, den für die französische Außenpolitik unangenehmen Inhalt der Rede völlig unterschlug. Die französischen Rüstungskonzerne, voran Schneider-Creuzot, wurden darin beschuldigt, daß sie um ihres privaten Geschäftes willen französische Kriegsgeheimnisse dem Ausland preisgegeben hätten, aber gleichwohl mit Hilfe des französischen Staates planmäßig durch den Ankauf ausländischer Rüstungswerke ihren Einfluß, namentlich in Ost- und Südosteuropa, immer weiter ausdehnten. Um neue Aufträge zu bekommen, leiste sich die Rüstungsindustrie eine kostspielige Propaganda zur Förderung kriegerischer Stimmungen, die sich dann in neuen Auslandsaufträgen für Frankreichs Rüstungsindustrie und in wachsenden Rüstungen Frankreichs selbst auswirke. Mit einem Wort, die private Rüstungsindustrie Frankreichs ist einer der hauptsächlichsten Herde jener politischen Korruption, die unter dem Mäntelchen des öffentlichen Wohls ihrem privaten Gewinnstreben die Sicherheiten und den Frieden der Völker zu opfern bereit ist. Da Frankreich seine Vorherrschaft ausschließlich auf die Stärke seiner Waffen aufgebaut hat, ist seine Rüstungsindustrie zur beherrschenden Macht im politischen Leben geworden, um so mehr, als zahlreiche führende Politiker auch finanziell an ihr interessiert sind.

Aus den plutokratischen Beeinflussungsversuchen der öffentlichen Meinung durch die Kanonenkönige erklären sich die zahlreichen Vorwürfe, die nicht nur gegen die französischen, sondern auch gegen die angelsächsischen Konzerne erhoben worden sind. Am meisten Aufsehen hat die sensationelle Anklagerede gegen die amerikanische Rüstungsindustrie erregt, die kein Geringerer als der amerikanische Präsident Hoover persönlich im Jahre 1929 hielt. Sie gab recht interessante Aufschlüsse über das gefährliche Treiben der privaten Waffenfabrikanten, die hinter den Kulissen der politischen Weltbühne vorzugsweise mit dem Mittel der Bestechung und durch die Anzettelung von Intrigen gegen unliebsame Politiker Stimmung gegen die Abrüstung machen. Welche gewaltigen Summen tüchtige Agenten zu fordern pflegen, ergab sich aus dem Prozeß des Agenten Shearer, der in Genf im Auftrage der Bethlehem Steal Corporation gegen die Abrüstung tätig war und den man anstatt der versprochenen 300 000 Dollar mit „nur" 50 000 Dollar abfinden wollte. Der smarte Yankee stellte darauf durch einen Prozeß seine Auftraggeber vor aller Oeffentlichkeit bloß und eröffnete damit interessante Einblicke in das skrupellose Treiben der Rüstungsindustrie. Wie notwendig die Kanonenkönige ihre Agenten hinter der Genfer Bühne benötigen, ergibt sich aus den wiederholten Bestrebungen des Völkerbundes, ein Verbot der gesamten privaten Rüstungsindustrie zu empfehlen. Man hat sich aber schließlich mit „schweren Bedenken gegen die private Herstellung von Munition oder Kriegsgerät" zufriedengegeben. Den Vorwand, auf weitere Maßnahmen gegen die Rüstungsindustrie zu verzichten, gab die „Rücksicht" ausgerechnet auf die kleineren Mitglieder des Völkerbundes, die keine eigene Rüstungsindustrie besitzen und denen deshalb die Möglichkeit des Einkaufs von Waffen bei privaten Firmen nicht genommen werden darf. Ob nicht gerade den schwachen Völkern wohler sein würde, wenn es überhaupt keine private Rüstungsindustrie gäbe, wäre wohl keine Frage, wenn nicht das emsige Kulissentreiben der Agenten sich so rührend ihrer Interessen angenommen hätte.

Unterdessen ist jede Aussicht, die Rüstungsindustrie wenigstens unter die Kontrolle des Völkerbundes zu bringen, **völlig aussichtslos geworden. Dazu ist namentlich**

SLUB
Wir führen Wissen.